

KURZ UND PRÄGNANT

Verwaltungs- und Gebietsreform

Die Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform nimmt konkrete Formen an. Innenminister Holger Poppenhäger hat angekündigt, bis Ende September erste Vorschläge zu unterbreiten. So sollen die Landesbehörden einer Aufgabenkritik unterzogen werden, besonders im Hinblick auf die Kommunalisierung der von ihnen wahrgenommenen Aufgaben.

„Bevor man über die Größe und die Anzahl von Landkreisen debatiert und entscheidet, muss klar sein, welche Aufgaben Landkreise überhaupt wahrnehmen sollen“, sagte MdL Frank Kuschel. Die Größe der Landkreise sei davon abhängig, welche Aufgaben, die bisher Landesbehörden wahrnehmen, auf sie übertragen werden. Deshalb müsse unbedingt auch die Strukturreform bei den Landesbehörden mitdiskutiert werden. „Der bisherige dreistufige Verwaltungsaufbau in Thüringen mit einer Vielzahl von Mittelbehörden ist nicht mehr zeitgemäß. Ihre Arbeit ist zu intransparent, verursacht unnötige Kosten“, so der Abgeordnete. Deshalb sei ein schrittweiser Übergang zur Zweistufigkeit geboten. Dies schließe die weitere Übertragung von Aufgaben auf die Landkreise ein. „Erst dann macht es Sinn, über die künftige Struktur der Landkreise zu bestimmen.“ ■

„53 Prozent Steuerkraft reicht nicht aus“

Aus der Rede des Ministerpräsidenten in der Debatte zum Landeshaushalt

In der Schlussrunde der Haushaltsdebatte im Thüringer Landtag am 19. Juni hatte Ministerpräsident Bodo Ramelow das Wort ergriffen. Er war dabei u.a. auf die Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich eingegangen und hatte die enormen Risiken für künftige Landeshaushalte deutlich gemacht. Er erklärte u.a. (Protokollauszug):

„Der Länderfinanzausgleich ist gestern verhandelt worden. Es hätte Entscheidungen geben sollen, damit wir Planungssicherheit für die Haushalte nach 2019 haben. Aber rückwärts hat es eine große Auswirkung auch auf die Doppelhaushalte 2016/2017 und 2018/2019.

Es gab gestern keine Einigkeit, wie der Länderfinanzausgleich geregelt werden soll, weil die westdeutschen Länder der Meinung sind, der Soli könnte einfach entfallen und das Volumen, das sind 14 Milliarden, kassiert der Bund allein. Diese 14 Milliarden werden nicht zur Verfügung gestellt, wie sie bisher adressiert waren, für strukturbenachteiligte Regionen. Da will Herr Schäuble alle Länder mit 8,5 Milliarden gleichschalten und runterziehen. Das Problem ist, dass dabei Bayern eine Milliarde mehr haben will, weil sie sagen, dass sie Zahlerland sind, möchten sie eine Milliarde behalten. Und Nordrhein-Westfalen sagt,

dass sie den Umsatzsteuervorgabzug weghaben möchten, das ist noch einmal eine Milliarde. Alleine der Umsatzsteuervorgabzug wird beim Länderfinanzausgleich in Zukunft acht Milliarden an Geld in den neuen Ländern abfließen lassen, die uns nicht mehr zur Verfügung stehen.

Insoweit reden wir zurzeit über ein echtes hartes Problem. Und ich würde mich freuen, wenn es hier die gleiche Einigkeit gäbe wie unter den ostdeutschen Ministerpräsidenten. Gestern hat Herr Haseloff ganz deutlich gesagt, ich kann es gar nicht besser sagen; wenn ich es formulieren würde, würden Sie am lautesten darüber schreien. Er sagte in der Runde bei der Bundeskanzlerin, er möchte nicht erleben, dass im Jahr 2020 die DDR an den fiskalischen Grunddaten wieder zu erkennen ist. Und er möchte nicht akzeptieren, dass die neuen Länder abgehängt werden. Und er möchte nicht erleben, dass auf einmal die Westdeutschen unter sich ihre Gelder aufteilen und wir so als dranhängendes Gebiet gebucht werden.

Deshalb ist es eine sehr ernste Angelegenheit, ob wir beim Länderfinanzausgleich eine Balance hinbekommen, bei der die Zahlerländer und die Nehmerländer wieder in einer vernünftigen Relation zueinander stehen. Da bin ich sehr einverstanden, weil es kein Zustand ist, dass es nur noch drei Geber-

länder und alle anderen nur noch Nehmerländer sind. Das ist eine fehlerhafte Entwicklung. Das setzt aber voraus, dass in das System Geld hineingegeben wird. Und die Idee der neuen Bundesländer ist nach wie vor, den Soli weiter zu behalten, aber nicht als Ost-West-Soli, sondern als Finanzinstrument für abgehängte Regionen. Und das Geld darf nur gegeben werden, wenn es eine Investition in die Zukunft ist und dann anschließend die Region besser dasteht.

Wenn Sie wissen wollen, wo im Jahr 2015 Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern stehen: im Durchschnitt 53 Prozent der Steuerkraft pro Kopf im Verhältnis zum Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland, 53 Prozent. Wir haben schöne Innenstädte, wir haben das Geld gut investiert. Da bin ich auch sehr einverstanden. Keine Kritik an irgendjemandem, der da Geld ausgegeben hat und Geld angelegt hat. Aber 53 Prozent Steuerkraft reicht nicht aus, dass unsere Kommunen sich selber finanzieren können und dass wir einen Landesetat finanzieren können, und die Wirtschaftskraft liegt bei 74 Prozent im Schnitt der Bundesrepublik Deutschland. 74 Prozent und 53 Prozent machen deutlich, dass die neuen Länder auf dem langen Marsch der Deutschen Einheit jetzt erst auf die letzte Etappe gehen.“ ■

Landtagsdebatte im Pressespiegel: Rassismus-Vorwurf muss zulässig sein

Thüringer Allgemeine (TA, 20.6.):

„Die Debattekultur im Thüringer Landtag hat in den vergangenen Monaten stark gelitten. Die Zahl der Ordnungsrufe habe mit 26 nach 18 Plenardebatten den absoluten Rekord aller Legislaturperioden erreicht, erklärte gestern Abend Landtagspräsident Christian Carius (CDU). Er ermahnte die Abgeordneten eindringlich, in ihren Reden verbal abzurufen. Am häufigsten wurden Abgeordnete der AfD zu recht gewiesen. (...)“

Gestern Morgen erhielt beispielsweise der Linke-Abgeordnete Frank Kuschel einen Ordnungsruf. Er rief zur AfD-Fraktion 'Rassismus'. Kuschel reagierte offensichtlich auf eine Äußerung der AfD-Abgeordneten Corinna Herold. Diese hatte zuvor erklärt, dass die Regierungskoalition Geld - statt zur Zahnpflege für Kinder von Asylbewerbern auszugeben - als 'unsinniges Mittel für irgendwelche interkulturellen Projekte ihres eigenen Klientel' aufwende, um so 'Demonstrationstourismus wohlstandsverwahrloster Hobbyanarchisten zu finanzieren'. Am Abend sprach der AfD-Abgeordnete Stephan Brandner jungen Frauen, die der Antifa angehören, das Wahlrecht ab. 'Sexistisches Arschloch', konterte die Linke-

Abgeordnete Katharina König. In derselben Debatte verweigerte ihre Fraktionskollegin Kati Engel der AfD-Abgeordneten Wibke Mühsal eine Antwort mit der Begründung, 'nicht mit Rassisten zu diskutieren'. Auf alle drei Bemerkungen folgte ein Ordnungsruf. (...)“

Sie sehe den persönlichen Vorwurf 'Rassist' kritisch, betonte gestern die parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Astrid Rothe-Beinlich. Der AfD aber vorzuwerfen, dass sich ihre Abgeordneten rassistisch äußern, müsse zulässig sein. Linke-Fraktionschefin Susanne Hennig-Wellsow kündigte an, im Ältestenrat noch einmal beraten zu wollen, ob der Rassismus-Vorwurf nicht auch gegen einzelne Abgeordnete möglich sei.“

Ostthüringer Zeitung (OTZ, 20.6.): „Die Personalausgaben steigen auf Grund der üppigen Tarifsteigerungen trotz eines leichten Abbaus von 143 Stellen auf 2,579 Milliarden Euro an. Damit geht mehr als jeder vierte Euro des Haushalts in die Verwaltung. Der drittgrößte Einzelposten: Rund 1,985 Milliarden erhalten die Kommunen, davon 132 Millionen über ein Sonderpaket. Das ist trotz gegenteiliger Versprechungen von Rot-Rot-Grün weniger, als im vergangenen Jahr floss. Investiert

werden 1,253 Milliarden Euro, die Investitionsquote steigt damit wieder leicht. Dank der niedrigen Zinsen sinken die Kosten der Bedienung der Altschulden in Höhe von 15,8 Milliarden Euro auf rund 550 Millionen Euro. Werden Schulden abgebaut? Erst einmal: Neue Kredite werden auch im Haushalt 2015 nicht aufgenommen. Im Gegenteil: Ein Betrag in Höhe von 26,5 Millionen Euro soll getilgt werden. Das ist jedoch deutlich weniger als in den Vorjahren. Der Schuldenberg bleibt bei ungefähr 15,8 Milliarden Euro.

Thüringische Landeszeitung (TLZ vom 19.6.):

„Wer den Zustand des Parlamentarismus im Freistaat in Augenschein nehmen möchte, dem bietet sich in der Regel an drei Tagen im Monat die Gelegenheit. Gestern Morgen nun kam der Landtag zusammen, um über das liebe Geld zu debattieren - und es ergab sich zu Beginn folgendes Bild: Am Pult im Plenarsaal stand ein in Ehren ergrauter, offenbar verschnupfter Ex-Minister. Jürgen Reinholz, 60 Jahre alt und Christdemokrat, nuschelte leicht, als es um die mittelfristige Finanzplanung, Rahmendaten und Drucksachennummern ging. Was der allgemeinen Aufmerksamkeitsschwelle nicht sonder-

lich zuträglich war. Selbst das vergleichsweise deutlich vorgetragene, durchaus beeindruckende Haushaltsvolumen von 9 Milliarden 272 Millionen 336 Tausend 800 Euro konnte daran nur wenig ändern. Auf der Besuchertribüne brach sich mehr und mehr eine Mischung aus Müdigkeit und Desinteresse Bahn. Und in den Gesichtern der anwesenden Schüler schien sich vor allem eine Frage abzuzeichnen: Was will uns der nette Opa da unten eigentlich sagen?“

Neues Deutschland (ND v. 19.6.):

„Die Abstimmung über den Etat am Freitag gilt als erste Bewährungsprobe für die knappe Mehrheit von nur einer Stimme von Rot-Rot-Grün im Landtag. Offen ist, ob drei Abgeordnete, die sich aus der AfD-Fraktion zurückgezogen haben oder ausgeschlossen wurden, für den Etat der Mitte-Links-Regierung stimmen. Finanzministerin Heike Taubert (SPD) sprach von einem soliden Haushalt, 'der keine Schulden macht, sondern Schulden tilgt'. Das sei trotz der guten Entwicklung der Steuereinnahmen nicht in allen Bundesländern der Fall. 'Es hat keiner der LINKEN zugehört, dass wir einen Haushalt ohne Schulden vorlegen', sagte der LINKE-Abgeordnete Frank Kuschel.“ ■